

BDF Haus der Luftfahrt Friedrichstraße 79 10117 Berlin

Herrn Sören Bartol, MdB



Frau Isabel Cademartori, MdB



Bundesverband der Deutschen Fluggesellschaften e.V.

Haus der Luftfahrt
Friedrichstraße 79
10117 Berlin

Fon: +49 (0) 30 700 11 85-11
Fax: +49 (0) 30 700 11 85-11

gf@bdf.aero
www.bdf.aero

Vereinsregister: AG Charlottenburg
VR 24648 Nz

14. März 2025

Koalitionsgespräche und Regierungsbildung – 21. Legislaturperiode Luftverkehr und Luftsicherheitskontrollen

Sehr geehrte Frau Cademartori, sehr geehrter Herr Bartol,

der Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und SPD enthielt seinerzeit unter dem Abschnitt „Luftverkehr“ eine bedeutsame Vereinbarung der Koalitionäre zum Thema Luftsicherheitskontrollen wie folgt:

„Luftsicherheitskontrollen sind eine hoheitliche Aufgabe. Daher soll der Staat mehr strukturelle Verantwortung und Anteile der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für die Sicherheit der Menschen beim Fliegen übernehmen. Wir werden gleichzeitig die bestehende Organisation und Aufgabenwahrnehmung und -verteilung für die Luftsicherheit begutachten und konzeptionelle Vorschläge erarbeiten lassen, um diese in Deutschland einheitlicher und effizienter zu gestalten.“

Leider sind diese Vereinbarungen in der 19. Legislaturperiode nie umgesetzt worden, weshalb die darin enthaltenen Zielstellungen heute aktueller und dringlicher denn je sind:

- Die Kosten für die Luftsicherheitskontrollen sind seit dem Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode vom 07.02.2018 um weitere 230 Mio. EUR auf 970 Mio. EUR gestiegen und erreichen in diesem Jahr ein Rekordhoch – bei im Übrigen weniger Passagieren als 2018.
- Mit der Anhebung des Gebührendekkels von 10 EUR auf 15 EUR pro Passagier ab 2025 und perspektivisch auf 20 EUR pro Passagier ab 2028 hat der Bund nicht „mehr strukturelle Verantwortung und Anteile der in den letzten Jahren gestiegenen Kosten für die Sicherheit der Menschen“ übernommen, sondern deutlich weniger.
- Auch die Begutachtung der bestehenden Organisationen und Aufgabenwahrnehmung hat seinerzeit nicht zu einer einheitlicheren und effizienteren Gestaltung geführt. Im Gegenteil: Mit der nur teilweisen Überführung der Zuständigkeit auf die Flughäfen (nur Frankfurt, Berlin und Köln/Bonn sind heute in der Organisationsverantwortung für die Luftsicherheitskontrollen) hat sich die Uneinheitlichkeit in der Aufgabenwahrnehmung von Bund, Ländern und Flughäfen verstärkt – zu Lasten der Gesamteffizienz des Systems in Deutschland.

Die deutschen Fluggesellschaften im BDF haben vor diesem Hintergrund Kernforderungen im Bereich der Luftsicherheitskontrollen formuliert, die insgesamt unter der Überschrift „Reduzierung der Kosten für die Luftsicherheit“ stehen und im Einzelnen beinhalten:

- Luftsicherheit ist Terrorismus- und Gefahrenabwehr und damit eine klassische hoheitliche Aufgabe, deshalb sollte der Staat anteilig die Hälfte der (Personal-)Kosten übernehmen.
- Trotz einheitlichem europäischem Rahmen für die Luftsicherheit werden EU-Standards in Deutschland oft übererfüllt. Deshalb muss bei der Luftsicherheit weiter die (Personal-)Effizienz gesteigert werden.
- Die Anhebung des Gebührendockels für Sicherheitskontrollen muss rückgängig gemacht werden.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Koalitionäre aus CDU, CSU und SPD bereits einmal einig waren, entsprechende Änderungen bei der Kostentragung sowie der Organisations- und Aufgabenwahrnehmung der Luftsicherheitskontrollen umzusetzen, möchten wir Sie herzlich bitten, diese Zielstellungen erneut in die Koalitionsvereinbarung für die 21. Legislaturperiode aufzunehmen und setzen auf eine erneute Einigungsfähigkeit unter den (gleichen) Koalitionären. Aus unserer Sicht spräche auch nichts dagegen, dies mit der gleichen oder einer wortlautähnlichen Formulierung zu tun wie im Koalitionsvertrag der 19. Legislaturperiode.

Wir sind überzeugt, dass eine substanzielle Kostenentlastung des Luftverkehrsstandorts Deutschland bei den Kosten für die Luftsicherheitskontrollen auch eine entsprechend positive Wirkung auf die post-pandemische Erholung des Luftverkehrs in Deutschland erzeugen würde, die bislang weit hinter der Erholung in den anderen europäischen Ländern zurückgeblieben ist.

Für Ihre Unterstützung danke ich Ihnen vorab sehr herzlich und stehe Ihnen für Rückfragen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Engel
Geschäftsführer